



OPTISCHE TÄUSCHUNGEN

Analyse zum Ausgang der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus (Seite 4-5)



GEKÄMPFT - GEWONNEN

Die Streiks an den Berliner Kliniken bringen den Beschäftigten Entlastung (Seiten 6)



Berliner Anstoß

ZEITUNG DER DEUTSCHEN

KOMMUNISTISCHEN PARTEI (DKP) BERLIN | 4/2021

Wesentliches zweitrangig

In Berlin gilt jetzt die 2-G-Regel: Zutritt zu Sport- und Schwimmhallen, Kinos, Restaurants oder Spielhallen und geschlossenen Räumen etwa im Tierpark gibt es nun nur noch für Geimpfte und Genesene. Die landes- wie bundesweite Pandemiebewältigung setzt also weiterhin alles auf die Impfung, andere Maßnahmen bleiben außen vor. Eine der großen Verfechter dieser Strategie ist die noch amtierende Berliner Gesundheitsministerin Dilek Kalyci (SPD). Zu ihren Initiativen, die Impfquote – vor allem unter jungen Leuten – zu erhöhen, gehörten in der Vergangenheit etwa eine Impfparty an der Treptower Arena und der schriftliche Impfaufruf an alle Berliner Kinder über zwölf. Ihr jüngster Ratschlag lautet: »Kein Kontakt mit Ungeimpften.« Das gilt selbstverständlich nur für die Privatsphäre. Der Bereich Lohnarbeit ist wieder einmal ausgeklammert, denn Wirtschaft und Verwaltung müssen nun einmal funktionieren.

Naheliegende Maßnahmen, die das Gesundheitswesen entlasten könnten, solange Infektionen nicht verhindert werden können, wurden hingegen nicht unternommen. Im Gegenteil: Anstatt spätestens seit Pandemiebeginn Krankenhauskapazitäten auszubauen, sind jetzt bundesweit 4.500 Intensivbetten weniger betriebsbereit als vor einem Jahr. Damit im Zusammenhang steht die Flucht aus den medizinischen Berufen. In drei Vierteln der Kliniken stehen heute weniger Intensivpflegekräfte zur Verfügung als 2020. Auch für die Berliner Pflegekräfte, die wochenlang für mehr Personal und verbindliche Personalschlüssel streikten, war der Ausstieg aus ihrem Beruf eine Alternative, sollten die landeseigenen Krankenhäuser Charité, Vivantes und der Berliner Senat nicht wenigstens kompromissbereit sein. Vor allem letzterer saß die Auseinandersetzung aber lieber aus, obwohl die Kliniken auf die Verhandlungsführerschaft des Kommunalen Arbeitgeberverbands verwiesen. Entgegen aller Verlautbarungen über Inzidenzen, Hospitalisierungen und Intensivbetten von Seiten der Politik: in dieser monatelangen Auseinandersetzung um Entlastung und gleiche Löhne für gleiche Arbeit hat sich gezeigt, dass tatsächliche Pandemiebewältigung hierzulande zweitrangig ist. (sk)

ANZEIGE

Wille und Wahn

Foto: Jana Legler/DWE

Der Volksentscheid »Deutsche Wohnen & Co.« wird in einer »Expertenkommission entsorgt



Von Jakob Renard

Das Votum fiel deutlich aus. So deutlich, dass kein Vertreter des politischen Betriebs wagte, den dahinterstehenden Willen offen zu hinterfragen bzw. anzukündigen, ihn geflissentlich ignorieren zu wollen. Niemand sollte aber wähnen, sie meinten es ernst mit ihren Gerede, den Wählerwillen anzuerkennen. Die voraussichtlich nächste Regierende Bürgermeisterin Berlins, Franziska Giffey (SPD), jedenfalls sagte, der Entscheid sei zu respektieren, nun müsse auch die Erarbeitung eines entsprechenden Gesetzentwurfs erfolgen. Dabei weiß jeder, von »Enteignungen« hält Giffey nichts.

Zeitgleich mit den Wahlen zum Bundestag und zum Abgeordnetenhaus hatte sich bei einer Beteiligung von 73,5 Prozent der Wahlberechtigten eine alles andere als knappe Mehrheit von 57,6 Prozent der abstimmenden Berlinerinnen und Berliner für eine Vergesellschaftung großer Wohnungsbestände in privater Hand ausgesprochen. So eindeutig das Ergebnis auch war, ein Beben blieb aus. Einen Tag nach der Abstimmung vom 26. September legte die Aktie des größten deutschen Immobilienunternehmens Vonovia, nach der Übernahme von Deutsche Wohnen auch größter Wohnungseigentümer in Berlin, um mehr als vier Prozent zu und war damit der mit Abstand größte Tagesgewinner im DAX. Die Entwicklungen an der Börse mögen ein Indikator dafür sein, dass die Immobilienkonzerne trotz einer Mobilisierung von mehr als einer Million Stimmen zugunsten eines Eingriffs in die Verfügung privaten Eigentums kein größeres Ungemach fürchten müssen.

Dafür spricht nach Stand der Dinge gleich mehrerlei: Giffey, Gewächs der antikommunistischen Frontstadt-SPD, die während der gesamten Nachkriegszeit ein intimes Verhältnis zur mafios organisierten West-Berliner Bau- und Immobilienwirtschaft pflegte, wird das Gewicht ihres Regierungsamtes in die Waagschale legen, um dafür zu sorgen, dass deren Interesse an Profitmehrung nicht ernsthaft tangiert wird. Die Ankündigung der voraussichtlichen Koalitionspartner SPD, Grüne und Linke wiederum, eine »Expertenkommission« einzurichten, die »Möglichkeiten, Wege und Voraussetzungen der Umsetzung« des

Volksentscheids prüfen und innerhalb eines Jahres unverbindliche Empfehlungen für das weitere Vorgehen des Senats erarbeiten soll, simuliert Handlungsbereitschaft, wo der eigentliche Zweck der Übung vielmehr darin bestehen dürfte, die Sache langsam versanden zu lassen.

Nun mag man zur Rechtfertigung dieses Gremiums einwenden, es werde mit der Ausarbeitung eines Gesetzes zur Überführung von großen Wohnungsbeständen in die öffentliche Hand »juristisches Neuland« (Klaus Lederer) betreten und ein solches Gesetz müsse auch »verfassungsrechtlich geprüft« werden (Giffey). Was aber, wenn diese Kommission aufgrund ihrer Zusammensetzung nach einem Jahr gerade zu dem Schluss gelangen soll, das Vorhaben sei, wie man es auch drehen und wenden möge, ein aussichtsloses Unterfangen, werde mit allergrößter Wahrscheinlichkeit in Karlsruhe Schiffbruch erleiden? Sebastian Czaja, Fraktionschef der unheilbar neoliberalen Berliner FDP, hat bereits Forderungen angemeldet, wer darin Platz nehmen sollte. Neben den »betroffenen Wohnungsbauunternehmen« nämlich »wirkliche Experten«, die »vor allem etwas von Verfassungsrecht« verstehen, wie etwa die Juristen Udo di Fabio und Ulrich Battis. Letzteren hatte tagesschau.de einen Tag nach dem Volksentscheid in Stellung gebracht und ließ ihn, befragt nach einem entsprechenden Enteignungsgesetz, Sätze formulieren wie: »Ich kann sicher voraussetzen, dass es vom Bundesverfassungsgericht kassiert wird.«

Die höchsten deutschen Gerichte immerhin haben in diesem Jahr gleich zweimal deutlich zu verstehen gegeben, in wessen Klasseninteresse sie Recht sprechen. Mit Urteil vom 25. März hatten die Richter in Karlsruhe den Berliner Mietendeckel gekippt und jüngst befanden die Kollegen am Leipziger Bundesverwaltungsgericht den Milieuschutz in Ballungsräumen für rechtswidrig. Damit dürfte das kommunale Vorkaufsrecht einstweilen passé sein. Wenn nun schon derlei vergleichsweise zahme, die allergrößten Preistreiber eindämmende Instrumente der Bezirks- und Landespolitik vor Gericht keinen Bestand haben, kann man sich leicht ausmalen, wie im Falle direkter Eigentumsfragen entschieden werden wird.

Unabhängig von der juristischen Beurteilung der Chancen für eine Enteignung und unabhängig von dem geradezu pathologischen Geschrei,

das bisweilen in den Medien zu vernehmen war und wonach Enteignung irgendwo zwischen Nationalsozialismus und DDR anzusiedeln sei, sollte nicht vergessen werden, dass damit lediglich eine Korrektur einer politischen Entscheidung vorgenommen würde, an deren Zustandekommen die damalige PDS mitgearbeitet hat: Zwischen 1995 und 2005 verkaufte der Berliner Senat fast 200.000 Wohnungen. Die Vorgängerorganisation der heutigen Linkspartei trägt also erheblich Mitschuld am kurrenten Berliner Wohn- und Mietenelement und schlüpfte damals gleichsam in die Rolle einer Geburtshelferin von Deutsche Wohnen, für deren Enteignung sie sich bis zum Wahltag so vehement ausgesprochen hat. Die Größenordnung der jetzt durch Wählervotum eindeutig geforderten Rückführung von großen Wohnungsbeständen in öffentliches Eigentum entspricht ziemlich genau der Zahl der damals zu Spottpreisen verschleuderten Mieteinheiten. Dass darum so ein Gezeter veranstaltet wird und den voraussichtlich weiterregierenden Senatsparteien kaum ernsthaft Absicht einer Umsetzung des Volksentscheids attestiert werden kann, zeigt auch bloß, wie unerschütterlich der neoliberale Wahn das politische Handeln leitet.

XXVII. INTERNATIONALE
ROSA-LUXEMBURG-KONFERENZ
SONNABEND
8.1.2022
10:30 BIS 20:00
MAX-SCHMELING-HALLE
FALKPLATZ 1, 10437 BERLIN

KRIEG UND LEICHEN – DIE LETZTE HOFFNUNG DER REICHEN
HÄNDE WEG VON RUSSLAND UND CHINA!

Tickets und weitere Informationen sowie Livestream der Veranstaltung unter:
jungewelt.de/rlk

in Zusammenarbeit mit **junge Welt**

Kommentar

Volksentscheid

Begräbnis erster Klasse



Von Stefan Natke,
Vorsitzender der DKP Berlin

Sage niemand, er habe es nicht wissen können: Der politische Wille der wahlberechtigten Berlinerinnen und Berliner, der sich in der Abstimmung über den Volksentscheid »Deutsche Wohnen und Co. enteignen« ausdrückte, wird, danach sieht alles aus, ignoriert, unterschlagen und unterdrückt werden. Die designierte Bürgermeisterin Franziska Giffey von der SPD hatte schon vor der Wahl unzweideutig zu verstehen gegeben, dass ihr das Eigentum der großen Immobilienkonzerne heilig ist, das Spitzenpersonal der Grünen die Enteignung, die in Wahrheit gar keine wäre, als ultima ratio bezeichnet. Die Linke wiederum, die sich im Wahlkampf uneingeschränkt für den Volksentscheid ausgesprochen hatte, präsentiert einem staunenden Publikum das akrobatische Kunststück im Liegen umzufallen. Nach den Wahlen weiter geschwächt, aber zum Mitregieren beinahe um jeden Preis bereit, einigt sie sich mit den anderen beiden Parteien darauf, den weiteren Umgang mit dem Votum des Referendums einer »Expertenkommission« zu überlassen, die ein Jahr lang beraten soll, um die Sache einstweilen aus dem Fokus zu nehmen. Kommt das Gremium dann Ende 2022 zu dem Ergebnis, dass dieses »juristische Neuland« (Lederer) ziemlich unzugänglich ist, die Sache also verfassungsrechtlich bedenklich, die Erfolgsaussichten mithin verschwindend gering, wäre der Zweck der Übung erreicht: ein Begräbnis erster Klasse.

Hier rächt sich der Verzicht auf einen präzisen Gesetzesvorschlag zur Abstimmung zu stellen. Zu diesem unverbindlichen Vorgehen hatte die Initiatoren der Kampagne wer noch mal geraten? Genau: die Berliner Linkspartei. Deren Vorgängerorganisation PDS war Anfang der 2000er in Regierungsverantwortung maßgeblich daran beteiligt mehr als 100.000 städtische Wohnungen zu lächerlich geringen Preisen zu veräußern. Die Stadt geriet zu einem Eldorado für Hedgefonds, und seit ungefähr zehn Jahren ist Berlin folgerichtig jene deutsche Stadt, in der die Mieten am schnellsten gestiegen sind. Nirgendwo sonst in der Bundesrepublik sind die Abstände zwischen Bestandsmieten und Neuvermietungen so groß. Kurz vor der Wahl verkündeten die Senatsparteien den Rückkauf von rund 14.750 Wohnungen zum Preis von 2,46 Milliarden Euro. Das ist etwa das 24fache dessen, was damals mit der Privatisierung eingenommen worden war. Wer sich um die hochgradig mafios organisierte Bau- und Immobilienkonzerne derart verdient macht, der darf selbstverständlich weiterregieren.

Die Schulreinigung in Berlin funktioniert hinten und vorne nicht. Seit wann ist die Lage so katastrophal?

Die Situation ist seit mindestens 20 Jahren fürchterlich und verschlimmert sich immer weiter. 2019 haben sich Eltern, Lehrkräfte und Hausmeister in dem Verein »Schule in Not« zusammengeschlossen und begonnen, Einwohneranträge zur Rekommunalisierung der Schulreinigung an die Berliner Bezirksverordnetenversammlungen zu stellen. Denn in Berlin wird die Mitbestimmung wesentlich über die Bezirke geregelt. Damals haben wir 25.000 Unterschriften gesammelt. Mittlerweile haben acht Bezirke die Rekommunalisierung beschlossen.

Wie ist der Stand jetzt?

Der jahrelange Protest der Gewerkschaften, unsere Öffentlichkeitsarbeit und die Beschlüsse in den Bezirken haben schließlich dazu geführt, dass im aktuellen Doppelhaushalt 16 Millionen Euro mehr für eine zusätzliche Tagesreinigung zur Verfügung gestellt wurden. Dann kam aber die Pandemie und das zusätzliche Geld wurde dafür eingesetzt, dass der Hygienestandard normalisiert wird. Die Schulen sind aber nicht erkennbar sauberer geworden. Die Türklinken werden desinfiziert, aber die Feuchtreinigung fällt meist komplett aus. Im Entwurf für den neuen Doppelhaushalt 2022/23 wurde das Geld für die zusätzliche Tagesreinigung nun gekürzt. Außerdem ist es nicht mehr zweckgebunden.

Warum wurde das Geld gekürzt?

Die Bezirke haben in den vergangenen Jahren etwas mehr für die Schulreinigung ausgegeben. Allerdings waren die entsprechenden Budgets in den Jahren zuvor extrem gekürzt worden. Das Geld reicht einfach hinten und vorne nicht, um eine entsprechende Qualität zu gewährleisten. Wir haben auch von Reinigungsunternehmen gehört, die sich nicht mehr auf die Ausschreibungen bewerben, weil sie aus Kostengründen keine Chance haben, den Zu-

Bezirke und Senat verschleppen beschlossene Eingliederung der Reinigungsdienste in den öffentlichen Dienst. Ein Gespräch mit Susanne Kühne von »Schule in Not«

»Reinigung ist ein Knochenjob«

schlag zu erhalten. Machen sie ein günstigeres Angebot, sagen sie, können sie nicht für die entsprechende Qualität sorgen. Ein Aspekt wird dabei oft vergessen: Gebäudereiniger ist ein Beruf, dem eine dreijährige Ausbildung vorausgeht. Viele der prekär Beschäftigten sind aber nicht ausgebildet. Über eine Rekommunalisierung bekämen die Arbeiter und Arbeiterinnen die Möglichkeit, sich fortzubilden. Und der Ausbildungsberuf würde attraktiver werden.

Gegen die Rekommunalisierung der Reinigung werden vor allem die höheren Kosten ins Feld geführt. Nun hat Verdi den Bezirken ein Tool zu Verfügung gestellt, womit die zusätzlichen Ausgaben berechnet werden können. Wird das Bewegung in die Sache bringen?

Wenn die Bezirke, in denen die Beschlüsse gefasst wurden, die Berechnungen vornehmen und sich endlich aktiv mit dem Thema befassen, dann wird deutlich werden, es ist machbar. Dafür müsste aber auch das Land Ansagen in Richtung der Bezirke und auch Zusagen für finanzielle Mittel machen.

Befürworter einer rekommunizierten Schulreinigung betonen auch deren Wirtschaftlichkeit. Lohnt sich die Auslagerung an Fremdfirmen in Wirklichkeit nicht?

Es gibt bereits positive Beispiele, wie zum Beispiel Düsseldorf, Freiburg, Dortmund, wo die Reinigung rekommuniziert worden ist. Dort ist man zufrieden. Die Ersteller des Berechnungstools führen außerdem

ins Feld, dass die Eigenreinigung langfristig optimiert werden kann und damit auch günstiger wird. Am Ende muss man sich die Frage stellen, welche Qualität man haben will. Kritiker führen auch den Krankenstand ins Feld, der sich angeblich erhöhte, wenn die Reinigungskräfte festangestellt würden. Aber warum werden Leute krank? Sind sie vielleicht demotiviert auf der Arbeit? Mit einem guten Arbeitsumfeld, bin ich nicht gerade daran interessiert, mich krank melden zu müssen. Kann sein, man schreibt sich eher mal krank, wenn man eine sichere Anstellung hat. Prekär Beschäftigte Reinigungskräfte trauen sich das oft nicht und kommen dann krank – zum Teil schwerstkrank – zur Arbeit. Man darf nicht vergessen: Reinigung ist ein Knochenjob.

Woher könnte das Geld kommen, falls es ein höheres Startkapital für die Eigenreinigung bräuchte?

Es gibt noch viel mehr Baustellen als die Schulreinigung, zum Beispiel Angebote für Jugendliche und Senioren, die Förderung von sozialen Initiativen und Vereinen. Wir wollen nicht, das dort gekürzt wird, damit die Schulen sauber werden. Aber das Land Berlin hat ja genug Geld. Es nimmt hohe Kredite auf. Mit dem, was für den Flughafen BER an Summen verbraten wurde, wären die Schulen auf lange Zeit picobello sauber und die Beschäftigten könnten vernünftig bezahlt werden.

Wie geht es weiter, wenn im nächsten Jahr, wie von »Schule in Not« und den Gewerkschaften gefordert, keine Rekommunalisierung

in die Wege geleitet wird?

Wir werden zusammen mit den Gewerkschaften das Feuer am Leben erhalten. Zunächst werden wir auf die neuen Stadträte noch einmal explizit zugehen und sie auffordern, das Tool sowie Schulungen von Verdi in Anspruch zu nehmen. Es kann auch sein, dass vom neuen Senat neue Vorschläge in den Raum geworfen werden. Aber wir haben deutlich gemacht, die Zeit für Modellprojekte ist vorbei. Die Kompetenzen sind da. Jetzt muss ein Anfang gemacht werden.



Liebe Leserinnen und Leser des Berliner Anstoß,

die Wahlen liegen hinter uns, eine Verschiebung in Richtung Fortschritt ist daraus nicht hervorgegangen. Die Gründe für das Forterscheinen dieser Zeitung bleiben unverändert bestehen. Die Verhältnisse in dieser Stadt bedürfen nach wie vor einer kommunistischen Kritik. Ob Mietensinn und wachsende Verarmung, ob marode Schulen und katastrophale Verhältnisse in den Krankenhäusern – wir werden auch weiterhin die Missstände schonungslos aufgreifen und uns nicht scheuen, die Verantwortlichen zu benennen.

Der Berliner Anstoß erscheint viermal im Jahr,

um Sie über Berliner Ereignisse und deren Bewertung durch uns Kommunistinnen und Kommunisten zu informieren. Wir gehen dabei konsequent von den Interessen und Sichtweisen der sogenannten kleinen Leute aus. Solche Informationen, Meinungen und Einschätzungen finden Sie kaum an anderer Stelle. Falls Sie an diesem journalistischen Angebot interessiert sind, teilen Sie uns doch bitte einfach Ihren Namen samt postalischer Adresse mit, dann liefern wir auch Ihnen den Berliner Anstoß gerne künftig frei Haus.

Damit die Kosten für Druck und Vertrieb dieser Zeitung gedeckt werden können, sind wir vor allem auf Spenden angewiesen. Die fallen gleichsam naturgesetzlich geringer aus als für Parteien und deren Presseorgane, die, wie SPD und CDU in dieser Stadt, als parlamentarischer Arm der Immobilienwirtschaft gelten müssen. Mit unserer Haltung, dass die großen Wohnungskonzerne

tatsächlich, nämlich entschädigungslos enteignet werden müssen, können wir mit Zuwendungen dieser Unternehmen nicht rechnen.

Wollen wir auch gar nicht. Wir legen viel mehr Wert darauf, dass uns möglichst viele Menschen mit vielen größeren und kleineren Spende dabei helfen, dass wir uns mit dem Berliner Anstoß und anderen Aktivitäten der DKP Berlin für Ihre Interessen einsetzen können. Der entsprechende Spendencoupon findet sich auf Seite 8. Darüber hinaus empfehlen wir Ihnen aber, ihr Schicksal selbst in die Hand zu nehmen, es nicht irgendwelchen Politikern zu überlassen. Lieber selbst aktiv werden – für Frieden und Sozialismus.

Dazu möchten wir Sie ganz herzlich einladen!

Ihr Kollektiv des Berliner Anstoß

Impressum

Der **Berliner Anstoß** erscheint viermal jährlich und wird herausgegeben vom Landesverband Berlin der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP).

Kernredaktion: Toni Püschel (V.i.S.d.P.), Susanne Knütter, Daniel Bratanovic

Adresse von Redaktion, Herausgeber und Verlag: DKP Berlin, Franz-Mehring-Platz 1, Büro 551/552, 10243 Berlin
CommPress Verlag GmbH;
Hoffnungstraße 18, 45127 Essen
Telefon: 030 – 29 78 31 32
Mail: anstoss@dkp.berlin

Verbreitete Auflage dieser Ausgabe: 25.000 im Raum Berlin
Druck: Union Druckerei Berlin Verwaltung GmbH
Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 11. November 2021. Die nächste Ausgabe erscheint im Februar 2022

Dieses Projekt wird über Spenden finanziert:
Bitte nutzen Sie das Konto der DKP Berlin (BIC: BELADEBE),
IBAN: DE94 1005 0000 0043 4131 37
Verwendungszweck: Anstoß

Aus der Traum

Ein Nachruf auf das autonome Wohnprojekt »Köpi«

Foto: no more blah blah / www.flickr.com/photos/solipsistisch/37126213854 / CC BY 2.0



Von Ingeborg Lohse-Geserick

Man konnte sie schon von weitem sehen. In meterhohen Lettern standen sie da, diese Worte, in weißer Farbe auf graue Fassade geschrieben, so lange unweigerlich wahr, wie der weltumspannende Kapitalismus herrschen wird: »Die Grenze verläuft nicht zwischen den Völkern, sondern zwischen oben und unten«. Seit Februar 1990 prangte der Spruch an der östlichen Brandmauer des Hauses in der Köpenicker Straße 137. Lange Zeit regelmäßig Buchstabe für Buchstabe wieder nachgepinselt, war der Slogan schon seit Jahren nicht mehr zu sehen, war verschwunden hinter unfertigen Neubauten, die langsam verrotteten. Verschwunden, nein mit der Gewalt des Staates vertrieben, sind nunmehr auch die Bewohner des Hauses. Das autonome Wohnprojekt »Köpi« ist nicht mehr.

Mehr als 2.000 Polizisten rückten am 15. Oktober an, sperrten das Areal weiträumig ab und sorgten mit schwerem Gerät dafür, dass der Eigentümer des Geländes Einzug halten konnte, um in attraktiver Lage an der Spree endlich das zu vollenden, was Berlin

nun aber wirklich am dringendsten braucht: hübsche Geschäfte und schicke Eigentumslofts. Die Bewohner des Projekts wehrten sich so gut es ging, bauten Barrikaden, stapelten Holzpaletten, stellten Gitterzäune auf. Es half alles nichts. Gegen die Übermacht der dem Privateigentum verpflichteten Staatsgewalt hatten sie keine Chance.

Nach dem Mauerfall erlebte Berlin ein Revival der Hausbesetzungen, dieses Mal in den leerstehenden Häusern im Ostteil der Stadt. So auch in der Köpenicker Straße 137. Am 23. Februar 1990 erfolgte die Besetzung.

Damit endet nach mehr als 31 Jahren die Geschichte dieses Wohnprojekts. Bevor es am 23. Februar 1990 besetzt und damit vor dem Abriss gerettet wurde, hatte das Haus in der Köpenicker Straße 137 schon eine lange Geschichte hinter sich. 1905 von einem jüdischen Bauherrn errichtet, diente das Gründerzeit-Gebäude als Wohnhaus. Die Nazis in ihrem verbrecherischen Wahn demonstrierten, dass sie die Rechtssicherheit des Eigentums nur für jene gewährten, die in ihren Augen reinen Blutes waren. Das Haus wurde 1934 enteignet. Als der Schrecken der Faschisten dann

sein Ende hatte, wurde es bald zum Volkseigentum im Arbeiter- und Bauernstaat DDR und diente seiner eigentlichen Bestimmung: nicht Spekulationsobjekt, sondern einfach nur Wohnhaus – Miete lächerlich gering.

Mit der Annexion der sozialistischen DDR durch die kapitalistische BRD wurden auch die Eigentumsverhältnisse gründlich

umgewälzt. Anfang 1990 wurden die Bewohner in der Köpenicker Straße 137 entmietet, das Haus sollte abgerissen werden. Damit begann die Geschichte der Köpi. Mit vielen Träumen von einer alternativen Form des Wohnens und der Arbeit. Mit Platz für Menschen, für die im herrschenden System kein Platz ist.

Nach dem Mauerfall erlebte Berlin ein Revival der Hausbesetzungen, dieses Mal in den leerstehenden Häusern im Ostteil der Stadt. So auch in der Köpenicker Straße 137. Am 23. Februar 1990 erfolgte die Besetzung. Weder die zuständige Kommunale Woh-

nungsverwaltung (KWV) noch die zu diesem Zeitpunkt noch bestehende Volkspolizei gingen gegen die Besetzer vor. Als dann aber der Anschluss an die BRD formal vollzogen war, erfolgten die ersten Räumungen in Ostberlin. In der Mainzer Straße in Friedrichshain reagierten die Hausbesetzer mit wütenden Straßenschlachten. Daraufhin berief die Verwaltung des Bezirks Mitte einen Runden Tisch ein, in dessen Folge die Besetzungen legalisiert werden sollten. Im Sommer 1991 erfolgte Legalisierung der Köpi durch den Abschluss eines Vorvertrages zwischen Bewohnern und der Wohnungsbaugesellschaft Berlin Mitte mbH (WBM), als Nachfolgerin der KWV. Am 1. Mai 1993 übernahm die Gesellschaft für Stadtentwicklung (GSE) die Verwaltung des Hauses.

Schon 1995 jedoch wurde das Grundstück an den alten Eigentümer rückübertragen, im Jahr darauf der Köpi fristlos gekündigt, die Bewohner wurden aufgefordert, das Haus innerhalb einer Woche zu verlassen. Wieder einmal bestand die Absicht, es abzureißen, an seiner statt sollte ein Bürogebäude mit Tiefgarage entstehen. Allein der Eigentümer ging pleite, die Leute in der Köpi konnten bleiben.

Ein Zwangsversteigerung scheiterte 1999 mangels Interesse. Sie-

ben Jahre später versuchte es die Commerzbank erneut und stellte beim Amtsgericht einen weiteren Antrag auf Zwangsversteigerung des Grundstücks. Am 8. Mai 2007 wurde die Köpenicker Straße 137 für das geringste Gebot von rund 835.000 Euro verkauft. Immerhin, die Köpi-Bewohner handelten im März 2008 mit dem Käufer einen Mietvertrag über 30 Jahre aus.

Es folgten weitere Eigentümerwechsel, doch die Köpi mit ihrer Wagenburg – ein Zufluchtsort für viele Menschen ohne Wohnraum – und ihren Bewohnern blieb. Bis zum 15. Oktober 2021 – trotz des Widerstand von 10.000 Demonstranten, trotz der Solidarität aus dem In- und Ausland.

An der Köpi hängen immer noch sehr viel Emotionen – sehr viel Wut, aber auch Hilflosigkeit. Nach dem »Syndikat«, der »Liebig 34« und der »Meuterei« ist die »Köpi« der nächste linksalternative Ort in Berlin, der unter dem Senat von SPD, Linke und Grünen geräumt wurde. Sie war ein nicht wegzudenkender Teil der linken kulturellen Szene in Berlin. Mit ihr stirbt ein weiterer Traum von einem alternativen, linken Wohn-, Arbeits- und Lebensmodell in Berlin am real existierenden Kapitalismus. Er starb auch für die Bewohner der Wagenburg, für Menschen, die jetzt keinen Platz mehr in dieser Stadt haben, in der es wieder sehr kalt wird.

Die Linke: Weiter so in den Abgrund

Bei der Linken stehen die Zeichen im Bund wie in Berlin auf weiter so. Eine gründliche Niederlagenanalyse und ein daraus abzuleitender Strategiewechsel hat bisher nicht stattgefunden und ist, diesen Eindruck erweckt jedenfalls der Parteiapparat, auf absehbare Zeit auch nicht zu erwarten. Vorderhand scheint das für den Berliner Landesverband auch gar nicht nötig. Die Verluste, die bei der Abgeordnetenhauswahl eingefahren wurden, fallen gering genug aus, um die bestehenden Probleme erfolgreich kaschieren zu können. Doch der Schein relativer Stabilität trügt. Das wird deutlich, wenn man sich das seit 20 Jahren ungebremste Abschmelzen des Elektorats im Ostteil der Stadt vergegenwärtigt. Da stehen für den Zeitraum zwischen 2001 und 2021 Einbußen von satten 28,2 Prozentpunkten zu Buche.

Die Gründe für diesen Verfall hat Nico Popp am 15. Oktober in der *jungen Welt* bündig zusammengefasst: »erstens das ersatzlose Wegbrechen der in der DDR sozialisierten Milieus mit starker Bindung an PDS bzw. Linkspartei, zweitens der weiter fortschreitende Rückzug der Wählerinnen und Wähler aus der Arbeiterklasse aus dem politischen Prozess, und drittens – damit verschränkt – die evidente, fast totale wahlpolitische Mobilisierungsunfähigkeit der Linkspartei bei Armen, Erwerbslosen und Lohnarbeitern.« Inzwischen muss allerdings ernsthaft die Frage erlaubt sein, ob unter den Funktionären im Karl-Liebknecht-Haus überhaupt noch der politische Wille zur Mobilisierung bei den genannten Armen, Erwerbslosen und Lohnarbeitern vorhanden ist.

Mehr als fraglich bleibt, inwiefern diese Verluste durch die Orientierung auf eine neue Kernklientel erfolgreich und dauerhaft kompensiert werden können. In angesagten Ortsteilen wie Neukölln und Kreuzberg konkurriert Die Linke mittlerweile um das gleiche Milieu wie die Grünen. Das wird unvermeidliche Auswirkungen auf die programmatische wie strategische Ausrichtung haben bzw. hat es bereits jetzt schon. Denn tatsächlich spiegelt sich diese Frage ja seit längerem in den Auseinandersetzungen der Partei wider. Das Niveau dieses Streits indessen – ein opportunistisches Heranziehen an den Linkliberalismus hier und an nationale wie asylfeindliche Positionen dort – gibt kaum Anlass zur Hoffnung, dass die Partei dereinst vernünftige Klassenpolitik betreiben wird. Damit macht sie sich mittelfristig überflüssig. Ohne Illusionen in Zustand und Zuschnitt dieser Organisation: das sind keine guten Nachrichten. Dem Berliner Landesverband macht das alles nicht zu schaffen, dort hat man sich schon vor etlichen Jahren für die eine Richtung entschieden. (jr)

Optische Täuschungen

Analytisches zum Ausgang der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus 2021

Von Jakob Renard



Alles wie gehabt in Berlin? Die Parteien des amtierenden Senats werden nach der Abgeordnetenhauswahl vom 26. September aller Voraussicht nach auch den neuen Senat bilden, und die Wahlergebnisse erwecken auf den ersten Blick den Eindruck, als habe es gegenüber der Abstimmung von 2016 nur unbedeutende Verschiebungen gegeben: Zwar fährt die AfD mit erheblichen Einbußen von 6,2 Prozent nur noch 8 Prozent der abgegebenen Zweitstimmen ein und landen die Grünen mit Zuwächsen von 3,7 Prozent bei 18,9 Prozent, doch schon bei den Linken fallen die Verluste mit 1,6 Prozent bei einem Endergebnis von 14 Prozent eher gering aus (zumal die Partei ihr Ergebnis in absoluten Zahlen sogar leicht steigern konnte: 2021 wählten 256.063 Berlinerinnen und Berliner Die Linke, 2016 waren es 255.701), während sich die Resultate für die weiteren im Landesparlament vertretenen Parteien SPD (21,4 Prozent), CDU (18,1 Prozent) und FDP (7,2 Prozent) im Grunde nicht verändert haben.

Genauer besehen allerdings, lassen sich sehr wohl Aussagen zu Trends und Verschiebungen treffen. Betrachtet nach Unterschieden zwischen Ost- und Westberlin, erhärtet sich für den Westteil der Stadt noch einmal der Eindruck eines kaum veränderten Gesamtergebnisses gegenüber der Wahl von 2016. Lediglich die Grünen verzeichnen Zuwächse von rund drei Prozent, die AfD verringert ihr Resultat mit 5,8 Prozent um fast die Hälfte. Die Ergebnisse der vier anderen Parlamentsparteien sind fast identisch mit jenen vor fünf Jahren. Im Osten hingegen lassen sich deutlichere Verschiebungen ausmachen: Dort gewinnen Grüne (+4,3), CDU (+1,2) und FDP (+2,1) hinzu, AfD (-6,6) und Linke (-4,0) verlieren erheblich. Auf die fortschreitenden Verluste der Linken in Ostberlin wird noch zurückzukommen sein.

Soziale Segregation

Eine genauere Betrachtung verdient das sozialräumlich geprägte Stimmverhalten. In kaum einer anderen Stadt der Bundesrepublik ist die soziale Segregation so ausgeprägt wie in Berlin. Das heißt, Armut und Reichtum konzentrieren sich jeweils in bestimmten Vierteln und Kiezen. Niedriglohn, Erwerbslosigkeit, Transferbezug und Kinderarmut weisen in einer ganzen Reihe von Ortsteilen besonders hohe Quoten auf, so in Gesundbrunnen, in Teilen von Kreuzberg (rund um den Moritzplatz), in Neukölln (vor allem südlich des S-Bahnringes), in den Großsiedlungen Gropiusstadt und Märkisches Viertel, in den äußeren Teilen von Spandau und in den Plattenbaugebieten von Marzahn-Hellersdorf.

Das hat Auswirkungen auf das Wahlverhalten und kommt, anders gesagt, vor allem in der Weigerung zum Ausdruck, sich überhaupt an diesem Prozedere zu beteiligen, wenn die Erwartung, eine Änderung der eigenen miserablen Lage durch Stimmabgabe herbeizuführen, (zurecht) schlicht nicht vorhanden ist. Die niedrigste Wahlbeteiligung verzeichnen in absteigender Reihenfolge die folgenden vier Wahlkreise: Reinickendorf 5 (umfasst unter anderem das Märkische Viertel) mit 63,7 Prozent (meiste Zweitstimmen: CDU, 27,8 Prozent); Neukölln 3 (unter anderem die High-Deck-Siedlung) mit 63,6 Prozent (meiste Zweitstimmen: SPD, 25,6 Prozent); Marzahn-Hellersdorf 3 (nördlicher Teil von Hellersdorf) mit 60,9 Prozent (meiste Zweitstimmen: AfD, 20,9 Prozent); Marzahn-Hellersdorf 1 (nördlicher Teil von Marzahn und Ahrensfelde) mit 59,7 Prozent (meiste Zweitstimmen: AfD, 21,7 Prozent).

Die höchste Wahlbeteiligung wiederum findet sich in den wohlhabenden Gegenden an den Rändern der Stadt, dort wo in Einzelhausbebauung und Villensiedlungen das Bürgertum lebt: in Frohnau, Dahlem und Zehlendorf, inzwischen aber auch in Kaulsdorf und Mahlsdorf; in aufsteigender Reihenfolge in den folgenden vier Wahlkreisen: Steglitz-Zeh-

lendorf 6 (Dahlem, Zehlendorf, nördlicher Teil) mit 84,6 Prozent (meiste Zweitstimmen: CDU, 27,6 Prozent); Marzahn-Hellersdorf 5 (Kaulsdorf, Mahlsdorf) mit 85,3 Prozent (meiste Zweitstimmen: CDU, 29,0 Prozent); Steglitz-Zehlendorf 7 (Wannsee, Nikolassee, Zehlendorf, westlicher Teil) mit 86,2 Prozent (meiste Zweitstimmen: CDU, 28,9 Prozent); Reinickendorf 6 (Frohnau und Hermsdorf) mit 86,3 Prozent (meiste Zweitstimmen: CDU, 34,3 Prozent). Auffällig, aber nicht überraschend ist, dass die CDU in allen vier Wahlkreisen als stärkste Kraft hervorgehen und auch die FDP dort (abgesehen vom Wahlkreis Marzahn-Hellersdorf 5) überdurchschnittliche Ergebnisse einfahren konnte. Das dort zahlreich anzutreffende Bürger- und Kleinbürgertum sieht seine Interessen bei diesen Parteien am besten aufgehoben.

Wer das Verhältnis innere und äußere Stadt ins Visier nimmt, bemerkt, grob betrachtet, dass die CDU beinahe alle flächenmäßig größer geschnittenen, also weniger dicht besiedelten Wahlkreise am Stadtrand gewann (allerdings nicht in Köpenick, alle drei Wahl-

Der fortschreitende Niedergang der Linkspartei in Berlin lässt sich weniger anhand des Gesamtergebnisses ablesen als vielmehr daran, dass sie ihre einstigen Hochburgen inzwischen vollständig eingebüßt hat.

kreise des großflächigen Ortsteils gingen an die SPD), während sich ein Gürtel um die innere Stadt schließt, in dem die Sozialdemokraten die meisten Stimmen holten. Nahezu alle Wahlkreise wiederum, die ausschließlich in der dicht besiedelten Innenstadt liegen, also innerhalb des S-Bahnringes, gingen an die Grünen. Lediglich in Mitte 2 (wozu auch die Hochhaussiedlungen in der Leipziger Straße und östlich der Alexanderstraße gehören) und in Friedrichshain-Kreuzberg 4 (das Gebiet um die Karl-Marx-Allee zwischen Strausberger Platz und Warschauer Straße), entfielen anteilmäßig mit 20,7 bzw. 25,3 Prozent die meisten Zweitstimmen auf die Linke.

Schrumpfende Substanz

Das schaffte die Partei darüber hinaus nur noch in Treptow-Köpenick 1 (Alt-Treptow, Plänterwald, Baumschulenweg) mit 23,1 Prozent, in Lichtenberg 4 (Ortsteil Lichtenberg westlicher Teil) mit 24,5 Prozent und in Lichtenberg 5 (Friedrichsfelde und Rummelsburg, jeweils nördlicher Teil) mit 23,1 Prozent. Vor fünf Jahren sah das noch anders aus. Da er-

gebnis von 10,1 Prozent der Zweitstimmen konnte gehalten werden. Inzwischen fährt die Linke prozentual ihre stärksten Ergebnisse in den drei aneinander grenzenden Wahlkreisen Neukölln 1 und 2 (beide Nordneukölln) sowie Friedrichshain-Kreuzberg 2 (Kreuzberg südlich der U-Bahnlinie 1 ungefähr zwischen U-Bahnhof Prinzenstraße und U-Bahnhof Schlesisches Tor) mit jeweils etwa 26,5 Prozent der abgegebenen Zweitstimmen ein. Nur die Grünen erhielten mehr Stimmen, CDU und FDP sind dort Splitterparteien.

In den einstigen Linken-Hochburgen Marzahn-Hellersdorf und Lichtenberg konnte die CDU hingegen reüssieren: Stimmenmehrheiten und Direktwahlmandate in drei Marzahn-Hellersdorfer Wahlkreisen, dazu eine Mehrheit in der dortigen Bezirksverordnetenversammlung, zwei Direktwahlmandate in Lichtenberg und eines in Pankow. Die Christdemokraten sind im Ostteil der Stadt zu einem relevanten Faktor geworden. Das sollte die Linkspartei, die ganz sicher eine andere Klientel als die Union anspricht, unbedingt interessieren. Man hat indessen nicht den Eindruck, dass es sich auch so verhält.

ANZEIGEN

Ergebnis von 10,1 Prozent der Zweitstimmen konnte gehalten werden. Inzwischen fährt die Linke prozentual ihre stärksten Ergebnisse in den drei aneinander grenzenden Wahlkreisen Neukölln 1 und 2 (beide Nordneukölln) sowie Friedrichshain-Kreuzberg 2 (Kreuzberg südlich der U-Bahnlinie 1 ungefähr zwischen U-Bahnhof Prinzenstraße und U-Bahnhof Schlesisches Tor) mit jeweils etwa 26,5 Prozent der abgegebenen Zweitstimmen ein. Nur die Grünen erhielten mehr Stimmen, CDU und FDP sind dort Splitterparteien.

In den einstigen Linken-Hochburgen Marzahn-Hellersdorf und Lichtenberg konnte die CDU hingegen reüssieren: Stimmenmehrheiten und Direktwahlmandate in drei Marzahn-Hellersdorfer Wahlkreisen, dazu eine Mehrheit in der dortigen Bezirksverordnetenversammlung, zwei Direktwahlmandate in Lichtenberg und eines in Pankow. Die Christdemokraten sind im Ostteil der Stadt zu einem relevanten Faktor geworden. Das sollte die Linkspartei, die ganz sicher eine andere Klientel als die Union anspricht, unbedingt interessieren. Man hat indessen nicht den Eindruck, dass es sich auch so verhält.

DKP: Mikroskopisch klein



So manche mag ja vielleicht die Hoffnung beschließen haben, das von der Linkspartei hinterlassene wahlpolitische Vakuum könne womöglich zu zwar geringen, aber doch erkennbaren Teilen vom Zuspruch zu einer unbestritten klassenkämpferisch auftretenden, mit marxistischem Bestock operierenden Organisation ausgefüllt werden. Also Achtungserfolge auf niedrigem Niveau bei der Wahl für die kleine, kleine Kommunistische Partei? Mitnichten. Trotz kurzzeitiger medialer Aufmerksamkeit infolge einer dann höchststrichlerlich gekippten Nichtzulassung zur Wahl durch den Bundeswahlausschuss und trotz erhöhter Verbreitung von Wahlkampfmaterial, etwa in Form dieser Zeitung, fällt das von der DKP eingefahrene Ergebnis bei der Abgeordnetenhauswahl weniger als dürftig aus. Um es schonungslos zu sagen: mikroskopisch klein. Bedingt durch die gleichzeitig stattfindenden Bundestagswahlen nahmen an den Abgeordnetenhauswahlen 2021 signifikant mehr Berlinerinnen und Berliner teil als fünf Jahre zuvor: ein Zuwachs von exakt 181.802 Stimmen. Hatten allerdings 2016 noch 3.473 Wahlberechtigte ihr Kreuz bei der DKP gemacht, waren es 2021 nurmehr 2.359 bzw. rund ein Drittel weniger. Stimmenverluste sind ausnahmslos in allen Bezirken zu verzeichnen, am stärksten in Neukölln, Friedrichshain-Kreuzberg und Pankow.

Nun hat die DKP einen schweren Stand, ist mit wenigen Mitgliedern nur sehr eingeschränkt mobilisierungsfähig. Und etlichen, die womöglich mit den Inhalten der Partei sympathisieren, mag nicht einleuchten, warum sie ihre Stimme für eine wahlpolitisch bedeutungslose Partei vergeuden sollten. Dass aber bei gesteigerter Wahlbeteiligung und angesichts einer den Kapitalismus verwaltenden Regierungslinien in Berlin die Stimmenzahl nicht nur nicht erhöht werden konnte, sondern um ein Drittel einbrach, sollte zumindest nachdenklich stimmen. Die Schwerpunktthemen, Armutsbekämpfung, eine bessere, eben nicht profitorientierte Gesundheitsversorgung sowie eine entschädigungslose Enteignung der Immobilienkonzerne, sind richtig gesetzt. Es kommt darauf an, dass sie auch bald den Nerv der Armen, Erwerbslosen und Lohnarbeitern in dieser Stadt treffen. (jr)

unsere zeit
Sozialistische Wochenzeitung der DKP

6 Wochen gratis probelesen Digital & Print

Konsequent antikapitalistisch & antifaschistisch - Woche für Woche.

unsere-zeit.de
uzshop.de
E-Mail: abo@unsere-zeit.de
Tel.: 0201 17788915

**Rausschmeißer
des Jahres
Andreas Geisel**

Foto: dChris / www.flickr.com/photos/_dchris/5683536032 / CC BY 2.0



Das Jahr neigt sich seinem Ende zu, bleibt die Frage, wer sich im vergangenen Jahr besonders um Berlin verdient gemacht hat. Die Antwort fiel der Redaktion dieser Zeitung leicht. Es kann nur Andreas Geisel sein, der Innensenator von der SPD. Der Mann fürs Grobe. Der Mann, der Berlin von allem befreit, was AfD-Wähler, das »gesunde Volksempfinden« und stinkreiche Investoren an Berlin so stört: Linke alternative Wohn- und Kulturprojekte, Obdachlose, Gammeler, linke Demonstranten ... Die blockieren wertvollen Grund und Boden, der sich zum Zwecke der ungebremsten Geldvermehrung nun wahrhaft besser verwenden lässt. Zum Beispiel für die Groth-Gruppe, die Berlin furchtbar gerne mit hochpreisigem Wohnraum zubaut. Dafür kippte Geisel ganz uneigennützig den Bürgerentscheid »100 Prozent Mauerpark«. Investor Klaus Groth bedankte sich dafür artig mit einer Parteispende.

Geisel ist der Vollstrecker des Senats, der Gebieter über eine Polizeiarmerie, die jeden unliebsamen Widerstand abräumt. Wenn Geisel zur Attacke pfeift, fluten die Polizisten Berlins Straßen. So war es in der Liebigstraße 14 und 34, der Köpi, der Potse, der Meuterei, dem Syndikat ... Nicht zu reden vom rustikalen Einsatz gegen etliche linke Demos oder den polizeilich abgesicherten Zwangsräumungen von Mietern, die in der Corona-Krise Mietschulden angehäuft haben. Wo kommen wir denn da hin, wenn jeder Miete zahlen würde, wie er könnte? An der Rigaer Straße 94 wird noch gearbeitet. Der Investor scharrt schon mit den Hufen. Mit einem wie Geisel wird das schon werden. Das zeigt: Berlin wäre ohne Geisel, nicht das, was es heute ist. Er hat die Frage »Wem gehört die Stadt?« endlich mal energisch beantwortet.

Sicher: Der Herr Innensenator hat in diesem Jahr schon eine hohe Auszeichnung erhalten. Der Landesfeuerwehrverband war so freundlich, ihm ihr Ehrenzeichen in Silber zu verleihen. Und vielleicht gibt's ja von klugen Leuten, die mit der Geschichte dieser Stadt vertraut sind, auch noch die Karl-Zörgiebel-Gedächtnisnadel. Doch wir wollen nicht zurückstehen und ehren Geisel mit dem Titel »Rausschmeißer des Jahres.« (ilo)

Gekämpft – gewonnen

**Von
Rena Piwosk**

Der ausdauernde Streik der Beschäftigten von Charité, Vivantes und den Vivantes-Töchtern hat sich gelohnt. Die Leitungen der landeseigenen Berliner Krankenhausunternehmen haben sich auf Eckpunkte für einen »Tarifvertrag Entlastung« eingelassen, für die Beschäftigten bei den Vivantes-Tochterunternehmen in der Reinigung, der Speiseversorgung, dem Patiententransport und weiteren Bereichen konnte eine Annäherung an den TVÖD erreicht werden.

Entlastung lässt sich vor allem mit mehr Personal erreichen. Deshalb hat die Charité eingewilligt, in den nächsten drei Jahren mehr als 700 zusätzliche Beschäftigte in der Pflege einzustellen. Beide Krankenhauskonzerne verbessern die Betreuungsschlüssel, also das Verhältnis Patienten pro Pflegekraft und gewähren anhand eines Punktesystems sogenannte Belastungsausgleiche. Das bedeutet, die Beschäftigten erhalten künftig Freischichten oder Entgeltausgleich beispielsweise für die Arbeit in unterbesetzten Schichten oder aufgrund eines hohen Einsatzes von Leasingkräften. Der Wert der Punkte steigt in den kommenden Jahren, so dass dann für eine bestimmte Belastung mehr Ausgleich zu gewähren ist. So soll langfristig darauf hingewirkt werden, mittels angemessenen Personaleinsatzes Belastungssituationen zu vermeiden.

Schule machen GEW fordert Entlastung der Lehrer

Nöte an Berliner Schulen, fehlendes Personal, steigende Arbeitsanforderungen. In den vergangenen 20 Jahren wurde die Unterrichtsverpflichtung pro Lehrkraft an Berliner Grundschulen um zehn Prozent, an den Oberschulen sogar um 18 Prozent auf aktuell 26 bzw. 28 Unterrichtsstunden pro Woche erhöht. Bei Klassengrößen von bis zu 26 Schülern an Grund- und Integrierten Sekundarschulen sowie bis zu 32 Schülern an Gymnasien wird die Bildungsarbeit dabei zu einer Mammutaufgabe. Bedenkt man außerdem, dass in diesen viel zu großen Klassen immer mehr Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf lernen, wird deutlich: Dieser Arbeitsumfang ist in einer üblichen 40-Stunden-Woche nicht oder nur äußerst schwer zu schaffen. Lehrkräfte, insbesondere an Grundschulen, berichten, dass sie zum Teil 50 oder sogar 60 Stunden pro Woche arbeiten. Diese Arbeits-



Foto: Martin Heinlein / Die Linke
Kundgebung zum Tag der Pflege in Berlin am 12. Mai 2021

Auch für Auszubildende erkämpfen die Streikenden Verbesserungen. Für deren Anleitung ist mehr Zeit und Verbindlichkeit vorgesehen. Die Charité hält dafür eine »multiprofessionelle Intensivlernstation« sowie drei neue Ausbildungsstationen bereit. So soll nicht nur die Ausbildung besser werden, sondern auch gewährleistet werden, dass die Azubis ihren Beruf nach den Examina weiter ausüben. Bisher gibt etwa die Hälfte von ihnen an, sich nicht vorstellen zu können, längerfristig im Pflegeberuf tätig zu bleiben.

Die Tarifverträge von Charité und Vivantes dürften einen Meilenstein setzen. Versorgung und Pflege der Patienten werden wieder sicherer, die Gesundheitsfachberufe wieder

attraktiver. Verbunden ist damit die Erwartung, dass die Beschäftigten aufgrund der getroffenen Regelungen länger im Beruf verbleiben und Pflegekräfte in Teilzeit ihre Stundenzahl erhöhen.

Möglich wurden diese Ergebnisse durch eine langfristige und gute Vorbereitung dieses gemeinsamen Kampfes der Gewerkschaft verdi und der Beschäftigten von Charité und Vivantes unter Einbeziehung weiterer Aktiver z. B. aus der Klimabewegung, von »Deutsche Wohnen & Co. enteignen« sowie der Berliner Bevölkerung, die die Engpässe in den Kliniken nicht erst seit der Corona-Pandemie zu spüren bekommt. Das besondere an diesem Streik war, dass Vivantes-Pflegekräfte mehr als

mer noch verbeamteten, würde man deren Zustimmung kaum bekommen.

Doch wie ließe sich die Arbeitsbelastung auf anderem Wege senken? Am ehesten durch kleinere Klassen. Die GEW will das Verhältnis der Schülerzahl zur Zahl der Lehrkräfte, Sozialpädagogen und Schulpsychologen in einem Tarifvertrag regeln. Eine solche tarifliche Regelung hat es bundesweit noch nie gegeben. Bisher wird die Klassengröße einseitig vom Arbeitgeber per Verwaltungsvorschrift vorgegeben. Die Festschreibung in einem Tarifvertrag bedeutete nicht nur, dass zukünftig eine Erhöhung der Klassengröße ausgeschlossen wäre, sondern böte auch die Chance, eine weitere Verringerung der Schülerzahl zu erkämpfen. Konkret fordert die Berliner GEW, die Klassengröße an Oberschulen auf 24 Schüler zu begrenzen, maximal 19 Schüler pro Klasse an Grundschulen zuzulassen, einen Schulpsychologen pro 2.000 Schüler (aktuelles Verhältnis: 4.700 Schüler) sowie mindestens 3,5 Förderstunden pro Schüler mit Förderbedarf in den Bereichen Sprache, Lernen, emotionale und soziale Entwicklung (gegenwärtig sind das 2,5 Stunden). Ein solcher Tarifver-

Die Streiks an den Berliner Kliniken erreichen eine Entlastung für die Beschäftigten von Charité und Vivantes

einen Monat ohne Notdienstvereinbarung streikten, die ihnen die Vivantes-Geschäftsleitung verweigert hatte. Sie haben klargemacht, dass nicht sie mit ihrem Streik die Patienten gefährden – es ist der seit Jahren herrschende »Normalzustand«, der das Wohl der Kranken und Pflegebedürftigen in Frage stellt. Dieser Streik besitzt das Potential, die Krankenhausbeschäftigten weit über Berlin hinaus zu ermutigen, für ihre Rechte, für mehr Personal und Entlastung und für eine bessere Versorgung der Patienten einzutreten und solange zu kämpfen, bis sie ihre Ziele erreicht haben.

Was aber vor allem deutlich wurde: Ein Krankenhaus ist keine Fabrik. Die Gesundheitsversorgung gehört in öffentliche Hand. Vor allem der Druck, Profit erwirtschaften zu müssen, und die anhaltende Privatisierung des Gesundheitswesens haben den eklatanten Personalmangel in den Krankenhäusern verursacht.

So fordern denn mit Blick auf die laufenden Koalitionsverhandlungen verdi und betriebliche Interessenvertretungen aus 116 Kliniken mit mehr als 440.000 Beschäftigten ein neues System der Krankenhausfinanzierung. In einem Offenen Brief heißt es, die Corona-Krise habe nochmals verdeutlicht, dass ein Finanzierungssystem über Fallpauschalen zu Fehlsteuerungen führe und einer guten Versorgung entgegenstehe, wenn das ausgemachte Ziel der jeweiligen Krankenhausträger höchstmögliche Rendite laute. Dann sind Arbeitsverdichtung, Ausgründungen und Tariffucht die unvermeidlichen Folgen.

trag würde in vielfacher Weise zur Arbeitsentlastung beitragen: Kleinere Klassen verringern den Korrekturbedarf, erfordern weniger Aufwand für Vor- und Nachbereitung und erlauben mehr Zeit für individuelles Lernen.

Das heißt nun aber, dass für die Erfüllung der Forderungen zusätzliche Lehrkräfte benötigt würden. Und die sind zur Zeit Mangelware. Doch warum? Es gibt zu wenig Studienplätze für das Lehramt und die Arbeitsbelastung ist so hoch, dass nur mit Teilzeitarbeit noch genügend Zeit zum Leben bleibt. Eine Arbeitsentlastungsregelung würde die Erhöhung des Beschäftigungsumfanges ermöglichen und den Lehrerberuf wieder attraktiver machen.

Der noch amtierende Finanzsenator sieht das nicht so. Im Juni dieses Jahres hatte die GEW ihn zu Tarifverhandlungen aufgefordert. Drei Wochen später erfolgte die Ablehnung. Die Lehrer reagierten. Am 6. Oktober starteten sie mit einem ersten ganztägigem Warnstreik in die Tarifaueinandersetzung. Die GEW hatte nur wenige Schulen zum Streik aufgerufen, trotzdem haben sich mehr als 500 Lehrkräfte beteiligt. Das lässt für weitere Arbeitsniederlegungen hoffen.

Niemals vergessen, niemals vergeben



Jedes Jahr gedenken
Kommunisten des von türkischen
Faschisten und Islamisten am 5.
Januar 1980 ermordeten
Genossen Celalettin Kesim

West-Berlin am 5. Januar 1980. Eine Gruppe von Genossen der Kommunistischen Partei der Türkei (TKP) versammelt sich am Kottbusser Tor, um mit Flugblättern vor dem drohenden Militärputsch in der Türkei zu warnen und für den Nachmittag zu einer Protestkundgebung vor dem türkischen Konsulat aufzurufen. Sie sind nicht allein, ein anderes weltpolitisches Ereignis verlangt nach einer Haltung. Wenige Tage zuvor ist die Rote Armee zum Schutz der progressiven Regierung vor den Angriffen der von den USA finanziell und materiell unterstützten Mudschaheddin in Afghanistan einmarschiert. Die TKP verteidigt das Vorgehen der Sowjetunion, ruft zur Solidarität auf. Zur gleichen Zeit aber, am gleichen Ort

demonstrieren faschistische Graue Wölfe, Anhänger von Süleyman Demirels konservativer Gerechtigkeitspartei sowie die islamistische Milli Görüs »gegen den Mord an Muslimen in Afghanistan«. Im Aufruf der Islamisten ist zu lesen: »Deine Aufgabe ist es, jeden, der sich gegen Deine Religion und gegen Deine Glaubensgenossen richtet, zum Schweigen zu bringen, auch wenn Du Dein Leben dafür opfern musst.« Die Stimmung ist aufgeheizt. Beide Seiten stehen sich gegenüber, werfen sich Parolen an den Kopf. Aus der nahegelegenen Mevlana-Moschee am Neuen Kreuzberger Zentrum kommt Verstärkung für die Faschisten und Fanatiker. Die Genossen treten den Rückzug an. Ein Teil der Gruppe macht an einer roten Ampel an der Skalitzer Straße halt, da greift, bewaffnet mit Ketten,

Knüppeln, Messern, der faschistisch-islamistische Mob »Allah, Allah« schreiend an, macht Jagd auf die Kommunisten, die deutlich in der Unterzahl sind. Celalettin Kesim, 36 Jahre, der Sekretär des Türkenzentrums in Neukölln, wird von einem Messerstich in den Oberschenkel verletzt, eine Schlagader ist getroffen. Genossen schleppen ihn einige hundert Meter fort, Kesim liegt verblutend im Schnee, in seiner Hand noch das Flugblatt: »Solidarität mit Afghanistan«. Viel zu spät ins nicht weit entfernte Urban-Krankenhaus eingeliefert, können die Ärzte nur noch seinen Tod feststellen. Er hinterlässt eine schwangere Frau und ein Kind.

Celalettin Kesim war 1973 aus der Türkei nach West-Berlin gekommen. Er arbeitete bei Borsig als Dreher, war Vertrauensmann der IG Metall und lehrte türkische Volksmusik an einer Volkshochschule. Später war er Lehrer an einer Berufsschule. Gut 11.000 Menschen geben ihm bei einer antifaschistischen Gedenkemonstration eine Woche später das letzte Geleit.

Die Polizei ist mit Beamten in Zivil am Tatort, sieht aber tatenlos zu. Erst eine halbe Stunde später, als der

Spuk längst vorbei ist, treffen uniformierte Polizisten ein. Die Strafverfolgung interessiert sich kaum für den Fall, angeklagt werden später trotz zahlreicher belastender Zeugenaussagen lediglich zwei Personen. Einer wird freigesprochen, der andere wegen »Landfriedensbruchs und Beteiligung an einer Schlägerei« zu einer Freiheitsstrafe von vier Jahren verurteilt. Bild titelt: »Türken-Krieg mit Fleischermesser: ein Toter«.

An der Verbreitung der Wahrheit: dass es sich um eine faschistische Mordtat handelte, haben der Staat und seine Medien kein Interesse. Bald gerät der Vorfall in Vergessenheit.

Seine Genossinnen und Genossen haben Kesim dagegen nie vergessen. Seit Jahren organisieren sie an jedem 5. Januar eine Kundgebung am Kottbusser Tor zum Gedächtnis an ihn. Stellvertretend durch ihn gedenken sie auch der vielen weiteren Opfer des Klassenkampfes. Seit Jahren fordern sie, dass der kleine Platz zwischen Reichenberger Straße, Kottbusser Damm und Skalitzer Straße nach ihm benannt wird. Und so hängt einmal im Jahr symbolisch und fordernd ein Schild an einem Mast: »Celalettin-Kesim-Platz«.

Mehr als 100 Gäste zählte die DKP-Gruppe Wedding bei ihrem Kiezfest am 18. September. Zum dritten Mal hatte sie auf den kleinen Platz, der an der Kreuzung von Utrechter und Malplaquetstraße mitten in einem Altbauviertel liegt, Anwohner und Sympathisanten zu Musik, Gesprächen, Getränken und Imbiss eingeladen. SDAJ, die Initiative »Hände weg vom Wedding« und der »Linkstreff« in der Malplaquetstraße 12 – seit einem Jahr neuer Versammlungsort der DKP-Gruppe-Wedding – hatten tatkräftig geholfen. 2020 konnte das Fest wegen der Pandemie nicht stattfinden, in diesem Jahr stand es im Zeichen der Wahlen. »Gegen Demokratieabbau und Krieg« lautete das Motto.

Um 15 Uhr begrüßte Bettina Pessel für den Gruppenvorstand die Anwesenden, dankte den Partnern und Helfern, stellte die Gruppe kurz vor und lud dazu ein, an den Gruppenabenden (jeweils am 1. und 3. Montag im Monat im »Linkstreff«) teilzunehmen. Ihr Leitmotiv: »Der

Im nächsten Jahr sicher wieder

Kiezfest der DKP
im Wedding

Von Arnold Schölzel

Kapitalismus ist die Krise«. Das verdeutlichte sie am Versagen im Umgang mit der Pandemie und den Angriffen auf die parlamentarische Demokratie, z. B. bei dem Versuch, die DKP von der

Bundestagswahl auszuschließen. Nirgendwo zeige sich aber die Krise des kapitalistischen Systems so deutlich wie in der Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen und in der Zerstörung von menschlichem Leben in ungezählten Kriegen. Für Kommunistinnen und Kommunisten sei die Schlussfolgerung: Der Kapitalismus muss überwunden werden, eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung muss her.

Höhepunkt des Nachmittags waren zweifellos die Gesprächsrunden mit DKP-Kandidaten für Bundestag und Abgeordnetenhaus wie Luis van Barga (26 Jahre, Altenpfleger) und Florian Blume (29, wissenschaftlicher Mitarbeiter). Sie stellten die soziale Lage in der Stadt in den Mittelpunkt ihrer Beiträge und nannten den Kampf gegen Mietpreisexplosion, die verheerende Situation im Pflegebereich und die Misere im Bildungsbereich als Motive für ihre Kandidatur.

Gäste und Veranstalter feierten noch bis 20 Uhr und die Stimmung besagte: Im kommenden Jahr wird es wieder ein Kiezfest geben.



UZShop Antiquariat

Hunderte antiquarischer
Bücher, täglich aktualisiert

Schaut mal rein: shop.unsere-zeit.de/antiquariat/



DKP - Gruppen- termine



Friedrichshain- Kreuzberg

Termin: Jeden zweiten und vierten Dienstag im Monat
Kontakt über:
fabienne.trotier@gmail.com

Lichtenberg/Marzahn- Hellersdorf

Termin: Jeden ersten Montag im Monat
Beginn: 19.00 Uhr
Ort: ND-Haus,
Franz-Mehring-Platz 1,
10243 Berlin, Raum 551

Pankow

Termin: Jeden zweiten und vierten Montag im Monat
Beginn: 19.00 Uhr
Ort: Schachcafé »En Passant«
Schönhauser Allee 58,
10437 Berlin

Neukölln

Termin: Jeden ersten Donnerstag im Monat
Beginn: 18.30 Uhr
Ort: KommTreff,
Jonasstraße 29,
12053 Berlin

Tempelhof-Schöneberg

Termin: Jeden zweiten und vierten Donnerstag im Monat
Beginn: 20.00 Uhr
Ort: Café »Ess Eins«,
Kolonnenstraße 56,
10827 Berlin

Treptow-Köpenick

Termin: Jeden letzten Dienstag im Monat
Beginn: 18.00 Uhr
Ort: ND-Haus,
Franz-Mehring-Platz 1,
10243 Berlin, Raum 551
Kontakt über:
treptow-koepenick@dcp-berlin.
info

Wedding

Termin: Jeden zweiten und vierten Montag im Monat
Beginn: 19.00 Uhr
Ort: Linkstreff
Malplaquetstraße 12
13347 Berlin

Betriebsaktiv »Gesundheit«

Termin: Jeden dritten Mittwoch im Monat
Beginn: 18.30 Uhr
Ort: ND-Haus,
Franz-Mehring-Platz 1,
10243 Berlin, Raum 551

Spandau

Kontakt über:
dcp-spandau@gmx.de

ANZEIGEN

Ossietsyky

Zweiwochenschrift
für Politik / Kultur / Wirtschaft

Ossietsyky erscheint
alle zwei Wochen.

www.ossietzky.net

Film

Feature

Ausstellung

RLK 2022

Roman

Foto: Plakat



Screenshot WDR 3 Kultur



Foto: Carl Brunn, Courtesy: Ludwig Forum für Internationale Kunst Aachen, Leihgabe der Peter und Irene Ludwig Stiftung



Foto: Archiv



Foto: Cover



Der letzte Schuss

Russland um 1919. Verteidigung der Revolution. Marjutka, Scharfschützin der Roten Armee, verliebt sich mitten in den Kämpfen des russischen Bürgerkrieges in einen gefangenen Weißgardisten; romantisch wird das nicht. 1957 hatte die DEFA-Synchronisation des Mosfilms »Der letzte Schuss« in der DDR Premiere. Die nach einem Stummfilm von 1927 bereits zweite Verfilmung von Boris Lawrenjows Meisternovelle »Der Einundvierzigste« (1925) gewann als Regiedebüt Grigori Tschuchrais sofort Preise und internationales Aufsehen dank der hohen künstlerischen Gestaltung. In der DDR war der junge Komponist Siegfried Matthus von der Dramatik des Films so beeindruckt, dass er sich entschloss, Lawrenjows Novelle für das Musiktheater zu adaptieren. Ihm gelang ein außergewöhnliches, dialektisches Opernwerk. Zum 50. Jahrestag der Oktoberrevolution kam »Der letzte Schuss« als überhaupt erste Uraufführung an der Komischen Oper Berlin heraus und wurde danach von sehr vielen Bühnen gespielt. Mit Vorführung des Films soll des am 27. August 2021 verstorbenen Komponisten gedacht werden. (ob)

◆ **Der letzte Schuss**
Regie: Grigori Tschuchrai
Produktion: Mosfilm/UdSSR 1956
Mittwoch, 24. Nov. 2021, 19 Uhr
Café Sibylle, 10243 Berlin, Karl-Marx-Allee 72

Schönheit und Schernikau

Richard Pfützenreuter sagt verschmitzt: »Da haben wir dem WDR ein Kommunistenstück untergeschoben.« Er und Johanna Tirnthal haben ein 54minütiges Feature zu Ronald M. Schernikau produziert, das sie am 20. Oktober beim Public Listening im Berliner Brehmthaus vorstellten: Schernikau als Kind in der Straßenbahn, wo seine Mutter ihm den Sozialismus erklärt, wie der Vater sie beide in den Westen holt und dann nichts mehr von ihnen wissen will. Schernikaus »Kleinstadtnovelle« und seine Jugend in Lehrte. »Die Tage in L.« und in Westberlin. Zwischen den Texten kommen Schernikau selbst, seine Mutter und weitere Gefährten zu Wort. Die Schärfe der Texte und die Lebendigkeit der O-Töne lassen einen schnell vergessen, dass Schernikaus Tod bereits 30 Jahre zurückliegt. Dem Rhythmus seiner Schriften folgend, transportiert das Feature Schernikaus Begeisterung für das Leben, die Menschen (trotz ihrer Dummheit), den Kommunismus, das Schreiben und das Schwulsein. (sz)

◆ **»Der kommunistische Autor Ronald M. Schernikau – Die Schönheit«**
Von Johanna Tirnthal und Richard Pfützenreuter
Produktion: WDR/ORF 2021 in der WDR-Mediathek zum Nachhören und als Download verfügbar

The Cool and the Cold

Zwei Mächte, die einander entgegengesetzte Gesellschaftsentwürfe repräsentieren, verständigen sich mit den Mitteln der Kunst? Vermutlich nicht. Steht sie sich dann beziehungslos gegenüber?
30 Jahre nach dem Ende der Sowjetunion präsentiert der Gropius Bau die Ausstellung »The Cool and the Cold. Malerei aus den USA und der UdSSR 1960–1990«, aus den Beständen der Sammlung Ludwig. Die rund 125 Arbeiten von mehr als 80 Künstlerinnen und Künstlern sind in 15 thematischen Abschnitten unter Überschriften wie »Natur« oder »Freizeit« angeordnet, ästhetische Kontraste werden überdeutlich. Etwa wenn an einer Stelle Roy Lichtensteins Pop-Art-Comic-Interpretation leidender Frauen den Trauernden in Boris Nemenskis »Nach dem Krieg. Das Schicksal der Frauen« gegenübergestellt wird. Die Ausstellung verdeutlicht, wie die Künstler der gezeigten Werke zur Zeit des Kalten Krieges auf politische wie ästhetische Fragen ihrer Epoche reagierten. So schroff auch die Gegensätze waren, die Kunstschaffenden beider System bezogen sich aufeinander. (ba)

◆ **The Cool and the Cold. Malerei aus den USA und der UdSSR 1960–1990.**
Sammlung Ludwig.
Noch bis zum 9. Januar 2022 im Berliner Gropius Bau

Wachsende Kriegsgefahr

Nach dem chaotischen Abzug der Besetzer aus Afghanistan kommt es den Kriegstreibern keinesfalls in den Sinn, künftig auf die Durchsetzung von Kapitalinteressen mit kriegerischen Mitteln zu verzichten. Sogenannte Qualitätsmedien propagieren, die militärische Kampffähigkeit deutlich zu erhöhen. Nicht erwähnt wird, dass dafür Ausbeutung verschärft und Sozialabbau betrieben, aber auch demokratische Rechte weiter abgebaut werden müssen. Verschwiegen wird, dass die Vorbereitung eines großen Krieges gegen die Volksrepublik China auf der Tagesordnung steht. Verschleiert wird, dass dieser Agenda auch die gegenwärtigen antirussischen Kampagnen dienen: Das größte Land der Erde soll zumindest neutralisiert werden.
Auf der 27. Internationalen Rosa-Luxemburg-Konferenz, die am 8. Januar 2022 in Berlin stattfinden (gleichzeitig im Livestream) wird, sollen diese Zwänge imperialistischer Politik offengelegt und auf die existenzielle Kriegsgefahr hingewiesen werden. Dazu werden sich internationale Wissenschaftler, Aktivisten, Gewerkschafter, Künstler und Medienschaffende zu Wort melden. (jw)

◆ www.jungewelt.de/rlk

Unterdeutschland

Ungeklärte Morde im Jahr 2022, die ungeklärt bleiben; ein Ermittler, der vom Geheimdienst auf eine falsche Spur gelenkt wird; oben am Berliner Himmel eine angeblich virenverbreitende Wolke, die der Rechtfertigung eines Notstands dient; im Untergrund der nahen Zukunft eine riesige Tunnel- und Röhrenwelt, von den Diensten kontrolliert. Dazu eine verwirrende Vielzahl von »Sicherheits«-Experten, die über die besten Methoden zur Kontrolle der Bevölkerung beraten, eine entsprechende Menge an neuartiger Unterdrückungstechnologie und nicht zuletzt die herausragende Geheimdienstspezialistin, die sich zur Überraschung aller zur Finanzverwaltung versetzen lässt: weil, wer die Geldströme kontrolliert, gegen jeden was in der Hand hat.
Ein anderer, der bei CivEx, der privatisierten Nachfolgeorganisation der Berliner Kriminalpolizei, arbeitet, läuft durch sein Neukölln läuft, das nicht mehr seines ist; säuft zuviel mit Leuten, die sich für die politischen Veränderungen nicht interessieren; dann ein Bürgerbündnis »Wir sind Berlin«, das autoritäre Forderungen aufstellt. All das präsentiert dieser schön verwirrende phantastische Roman »Unterdeutschland« von Olaf Arndt. (kk)

◆ **Olaf Arndt: Unterdeutschland.**
Verlag Mox und Maritz, Bremen 2020, 520 Seiten, 19,80 Euro



Der Berliner Anstoß braucht Ihre Unterstützung!

Damit wir auch weiterhin die Kosten für Druck und Verbreitung tragen und den Berliner Anstoß als wichtige linke Stimme in der Stadt etablieren können, sind wir auf Ihre Spende angewiesen! Bitte überweisen Sie einmalig oder regelmäßig einen Betrag Ihrer Wahl auf das unten genannte Konto. Es gibt aber noch weitere Möglichkeiten, wie Sie uns unterstützen können:

Möglichkeit A: Ja, ich unterstützte die regelmäßige Herausgabe des Berliner Anstoß mit einer

- vierteljährlichen
- halbjährlichen
- jährlichen

Spende in Höhe von _____ Euro (mindestens 10 Euro.)

Hinweis: Diese Zusage kann jederzeit widerrufen werden, bereits eingezahlte Gelder werden aber nicht zurückbezahlt!

Möglichkeit B: Ja, ich unterstütze den Berliner Anstoß mit einer einmaligen Spende in Höhe von

_____ Euro

- Die Spende überweise ich auf das Konto der DKP Berlin (BIC: BELADEBE, IBAN: DE94 1005 0000 0043 4131 37)
Verwendungszweck: Anstoß

- Bitte schick mir eine Spendenbescheinigung der DKP-Berlin zu (bei bis zu 200 Euro Spende im Jahr genügt dem Finanzamt der Überweisungsbeleg).

Möglichkeit C: Ich finde das Anstoß-Projekt interessant.

- Bitte schick mir die jeweils aktuelle Ausgabe gratis zu
- Ich hätte Interesse daran, am Berliner Anstoß redaktionell/organisatorisch mitzuarbeiten.
- Ich würde gerne beim Verteilen des Anstoß mit wirken.

Bitte schick mir von jeder Ausgabe

_____ Exemplare,

die ich in _____ verteilen werde.

Name: _____

Adresse: _____

Email / Telefon: _____

Weitere Hinweise:

Berlin, den _____

Unterschrift: _____

Bitte einsenden an: DKP Berlin, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin